

Christian G. Nagel

Anfrage aus dem Kulturbereich – Zur Bundestagswahl 2025

an Kandidatinnen und Kandidaten der Wahlkreise 281 (Freiburg), 282 (Lörrach-Müllheim), 283 (Emmendingen-Lahr) und 288 (Waldshut)

Anlagen:

- Mein Anschreiben an die KandidatInnen der Parteien CDU, SPD, Grüne, FDP, AfD, Die LINKE, Die PARTEI, Volt, Freie Wähler, DieBasis und BSW

- Die Antworten der KandidatInnen in der Reihenfolge ihres Eingangs:

1. Julian Besemann (Die LINKE)
2. Stephan Schneider (Freie Wähler)
3. Christina Hesse (Freie Wähler)
4. Marco Näger (AfD)
5. Maximilian Kress (Volt)
6. Nathalie Wagner (FDP)
7. Jürgen Geillinger (Die Basis)
8. Ruben Schäfer (FDP)
9. Amir Ismaili (FDP)
10. Dr. Christian Lehr (Freie Wähler)
11. Julian Wiedmann (SPD)
12. Jasmin Ateia (Bündnis 90/Die Grünen)
13. Felix Schreiner (CDU)
14. Eileen Lerche (FDP)

Stand: 13.2.2025

Prof. Christian Nagel
Neuwelt 3a
79271 St. Peter

St. Peter, den 31. Januar 2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich schreibe Ihnen, da Sie sich als Kandidat/in für die kommende Bundestagswahl bewerben.

Mein Name ist Christian Nagel, ich bin Pianist und schreibe Ihnen hier nicht nur in meinem eigenen Interesse, sondern stellvertretend für meine Branche - Kunst und Kultur.

Ich schreibe Ihnen in meiner Eigenschaft

- als Professor der Musikhochschule Freiburg (und damit im Interesse all jener, die sich in einer künstlerischen Berufsausbildung befinden und später von ihrer Musik leben wollen, aber auch im Bereich Lehramt Musik an allgemeinbildenden Schulen tätig sind)
- als Lehrkraft der Jugendmusikschule Dreisamtal (und damit im Interesse all jener, die Musik als Hobby betreiben und kulturelle Veranstaltungen besuchen)
- als Leiter mehrerer Chöre und Chorprojekte im Badischen Chorverband (und damit im Interesse der musikalischen Breitenkultur, des Ehrenamts, der Vereine, die das Rückgrat unserer Zivilgesellschaft sind)
- als Freier Mitarbeiter u.a. des Theaters Freiburg und der Südwestdeutschen Philharmonie Konstanz (und somit im Interesse von Institutionen der „Hochkultur“ und ihrer treuen Besucher)

Alle oben genannten Einrichtungen stehen aktuell und langfristig unter großem wirtschaftlichem Druck. Bereits zu Beginn der Corona-Pandemie war absehbar, dass der Kulturbereich am härtesten und längsten von dieser Notlage betroffen sein würde. Überbrückungshilfen und zahlreiche Förderprogramme konnten nur kurzfristig darüber hinwegtäuschen, dass unserer Branche ein schwerer Schaden zugefügt wurde. Die Zahlen des jährlichen erscheinenden *Monitoringbericht Kultur- und Kreativwirtschaft* des Bundeswirtschaftsministeriums sprechen für sich.

Zu den Härten der Pandemie kamen in ungewohnt schneller Folge weitere Krisen hinzu: Der Ukraine-Krieg veranlasste die Bundesregierung zu hohem finanziellen Engagement, zudem erleben wir seither eine Inflation. Der Problematik des Klimawandels versuchte die Bundesregierung ebenfalls auf eine Weise entgegenzusteuern, die mit hohen Kosten für die Allgemeinheit verbunden ist. Die erhoffte Erholung „nach Corona“ bleibt weiterhin aus.

Kunst und Kultur scheint im aktuellen Wahlkampf kein Thema zu sein. Jedenfalls findet sie auf Wahlplakaten keine Erwähnung, auch in Parteiprogrammen findet sich wenig Konkretes darüber. So steht zu befürchten, dass die Kulturbranche erneut und dauerhaft als Verliererin aus den multiplen Krisen hervorgeht. Dabei muss festgehalten werden, dass man zwar den Krisen selbst vielleicht ein schicksalhaftes Moment zuschreiben kann, nicht aber ihrer Gestaltung durch die Politik.

Es liegt auf der Hand, dass die enormen öffentlichen Mittel, die zur Bewältigung der Krisen aufgewendet wurden und werden, auch in den kommenden Jahren massive Kürzungen zur Folge haben. Schon jetzt ist der kulturelle Sektor von diesen Kürzungen unverhältnismäßig stark betroffen, da öffentliche Ausgaben für Kultur zu den „freiwilligen Leistungen“ zählen.

Das Beispiel Berlins führt uns in diesen Tagen vor Augen, was dann passiert: Es wurde ein Landeshaushalt beschlossen, der kurzfristige Einsparungen von 130 Mio. im Kulturbereich vorsieht – was einem Anteil von über 10% des gesamten Kulturetats entspricht. Betroffen sind von diesen drastischen Kürzungen nicht nur die etablierten Institutionen, sondern vor allem die Kulturschaffenden der freien Szene, die sich ohnehin am Rande des Existenzminimums befinden.

Und es könnte noch mehr auf dem Spiel stehen: dass ein reiches kulturelles Erbe, das über Jahre, Jahrzehnte und Jahrhunderte mit Leidenschaft gepflegt wurde, aus kurzfristigen wirtschaftspolitischen Erwägungen heraus nachhaltig zerstört wird.

Kulturschaffende aus dem Profi- und Amateurbereich aller Sparten wünschen sich eine verlässliche Zusage der Politik, auch und gerade in Krisenzeiten der stärkenden und verbindenden Kraft der Kunst und Kultur Raum zu geben. Und wenn schon gespart werden muss, darf von den politisch Verantwortlichen erwartet werden, dass sie den - notwendigen - strukturellen Wandel im Kulturbereich aufbauend mitgestalten.

Hier sind Sie gefordert. Ich bitte Sie hiermit um

- Ihre Stellungnahme zu den oben skizzierten Problemen: **Ihr Statement für die Kulturbranche.**
- Ihre **konkreten Vorschläge zur Umsetzung**, in Ihrem Wahlkreis oder auf Bundesebene.

Es ist möglich, dass Sie sich bereits an anderer Stelle zu diesen Fragen geäußert haben. Falls ja, bitte ich Sie um einen Hinweis, wo ich Ihre Äußerungen finden kann.

Ich habe vor, Ihre Antworten im Rahmen der oben genannten Kulturinstitutionen (Hochschulen, Musikschulen, Chorverband, Theater) zu veröffentlichen. Bitte geben Sie mir einen Hinweis, falls Sie dies nicht wünschen.

Wenn Sie Rückfragen haben oder in einen persönlichen Austausch treten möchten, zögern Sie nicht, mich zu kontaktieren. Sie erreichen mich per Mail unter christian@nagelmusic.de oder mobil unter 0176-76549450.

Ich freue mich auf Ihre Beiträge und verbleibe mit freundlichen Grüßen und besten Wünschen,

Ihr
Christian Nagel.

Antwort 1: Julian Besemann (Die LINKE):

Sehr geehrter Herr Nagel,

vielen Dank für Ihre Nachricht und Ihr Engagement für die Kunst- und Kulturszene. Ich stimme Ihnen zu: Kultur ist ein essenzieller Bestandteil unserer Gesellschaft – sie stiftet Identität, ermöglicht kritische Auseinandersetzung und verbindet Menschen. Umso alarmierender ist es, dass Kunst und Kultur in politischen Debatten oft nur eine Randnotiz sind, während Kürzungen in diesem Bereich meist als erstes beschlossen werden.

Die multiplen Krisen der letzten Jahre haben die Kulturszene besonders hart getroffen, und anstatt nachhaltige Lösungen zu schaffen, wird Kulturpolitik immer wieder unter dem Diktat kurzfristiger Sparmaßnahmen geopfert. Das ist fatal, denn eine lebendige Kulturlandschaft ist keine Luxusfrage, sondern ein Grundpfeiler einer demokratischen Gesellschaft.

Meine Position ist klar: Wir brauchen eine langfristige finanzielle Absicherung der Kulturförderung – unabhängig von konjunkturellen Schwankungen. Die Linke setzt sich dafür ein, dass die Kulturförderung nicht als "freiwillige Leistung" betrachtet wird, sondern als grundlegende öffentliche Aufgabe. Konkret heißt das:

- **Erhöhung der öffentlichen Kulturförderung:** Die Ausgaben für Kunst und Kultur müssen mindestens auf europäischem Durchschnittsniveau liegen.
- **Verlässliche Förderstrukturen statt Projektförderungs-Wirrwarr:** Viele Künstler*innen leben von befristeten Projektmitteln. Wir brauchen langfristige Förderungen, die nachhaltige Arbeitsbedingungen schaffen.
- **Soziale Absicherung für Kulturschaffende:** Viele Künstler*innen arbeiten unter prekären Bedingungen. Wir setzen uns für bessere Honorare, fairen Zugang zu Sozialleistungen und eine Reform der Künstlersozialkasse ein.
- **Keine Kürzungen in der Breitenkultur:** Musikschulen, Chöre und andere kulturelle Einrichtungen dürfen nicht weiter unter Finanzdruck geraten. Gerade die musikalische Breitenkultur ist ein wichtiger Teil des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Auch auf lokaler Ebene werde ich mich dafür einsetzen, dass Kulturinstitutionen nicht auf der Sparliste stehen. Ich bin überzeugt, dass eine starke Kulturszene nicht nur ein Standortfaktor, sondern eine gesellschaftliche Notwendigkeit ist.

Selbstverständlich dürfen Sie meine Antwort im Rahmen Ihrer Institutionen veröffentlichen. Falls Sie weitere Fragen haben oder sich über spezifische Anliegen austauschen möchten, stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Julian Besemann

Kandidat für DIE LINKE im Wahlkreis 288 (Waldshut)

Antwort 2: Stephan Schneider (Freie Wähler)

Sehr geehrter Herr Professor Nagel,

vielen Dank für Ihr Schreiben das nette Gespräch und Ihr engagiertes Eintreten für die Kunst- und Kulturszene. Wir teilen Ihre Sorge um die Zukunft des kulturellen Lebens in Deutschland und setzen uns als FREIE WÄHLER entschieden für eine nachhaltige Kulturförderung ein.

Kunst und Kultur sind keine verzichtbaren „freiwilligen Leistungen“, sondern ein essenzieller Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie bereichern unser Zusammenleben, fördern Kreativität und Identität und sind nicht zuletzt auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Gerade nach den multiplen Krisen der letzten Jahre ist es entscheidend, Kulturschaffende nicht weiter im Stich zu lassen.

Unsere Position und Maßnahmen:

1. Verlässliche Finanzierung: Kulturförderung muss langfristig planbar sein. Wir fordern eine faire und stabile Finanzierung von Musikschulen (auch privaten), Hochschulen und kulturellen Einrichtungen – unabhängig von kurzfristigen Sparmaßnahmen.
2. Unterstützung der Kommunen: Städte und Gemeinden tragen die Hauptlast der Kulturförderung. Der Bund muss hier stärker unterstützen, damit Kulturangebote nicht unter finanziellen Engpässen leiden.
3. Bessere soziale Absicherung für Kulturschaffende: Viele Künstlerinnen und Künstler arbeiten unter prekären Bedingungen. Wir setzen uns für eine Reform der Künstlersozialkasse und gezielte Hilfsprogramme ein. Die Leistung der Kulturschaffenden muss zukünftig besser honoriert werden.
4. Bürokratieabbau: Gerade kleinere Kulturprojekte und freie Initiativen leiden unter übermäßiger Bürokratie. Wir wollen Förderprogramme entbürokratisieren, um Kulturschaffenden den Zugang zu finanziellen Mitteln zu erleichtern.

Wir sind überzeugt, dass Kulturpolitik ein zentraler Bestandteil einer nachhaltigen Gesellschaftspolitik sein muss. Wir stehen für den Dialog mit Kulturschaffenden und würden uns freuen, mit Ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch zu kommen.

Gerne stehen wir für einen weiteren Austausch zur Verfügung.

Stephan Schneider
Freie Wähler Kreisvereinigung Breisgau Hochschwarzwald
Vorsitzender Bezirksvereinigung Südbaden

Spitzenkandidat Wahlkreis 288
Platz 3 Landesliste BW

0160-7838371

Bundestagswahl 2025, am 23.02.2025
Wahlkreis: Emmendingen-Lahr 283

Ihre Fragen zum Programm der FREIEN WÄHLER

Zukunft von Kunst und Kultur – unsere Position

Sehr geehrter Herr Professor Nagel,

vielen Dank für Ihr Schreiben und Ihr engagiertes Eintreten für die Kunst- und Kulturszene. Wir teilen Ihre Sorge um die Zukunft des kulturellen Lebens in Deutschland und setzen uns als FREIE WÄHLER entschieden für eine nachhaltige Kulturförderung ein.

Kunst und Kultur sind keine verzichtbaren „freiwilligen Leistungen“, sondern ein essenzieller Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie bereichern unser Zusammenleben, fördern Kreativität und Identität und sind nicht zuletzt auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Gerade nach den multiplen Krisen der letzten Jahre ist es entscheidend, Kulturschaffende nicht weiter im Stich zu lassen.

Unsere Position und Maßnahmen:

1. **Verlässliche Finanzierung:** Kulturförderung muss langfristig planbar sein. Wir fordern eine faire und stabile Finanzierung von Musikschulen (auch privaten), Hochschulen und kulturellen Einrichtungen – unabhängig von kurzfristigen Sparmaßnahmen.
2. **Unterstützung der Kommunen:** Städte und Gemeinden tragen die Hauptlast der Kulturförderung. Der Bund muss hier stärker unterstützen, damit Kulturangebote nicht unter finanziellen Engpässen leiden.
3. **Bessere soziale Absicherung für Kulturschaffende:** Viele Künstlerinnen und Künstler arbeiten unter prekären Bedingungen. Wir setzen uns für eine Reform der Künstlersozialkasse und gezielte Hilfsprogramme ein. Die Leistung der Kulturschaffenden muss zukünftig besser honoriert werden.
4. **Bürokratieabbau:** Gerade kleinere Kulturprojekte und freie Initiativen leiden unter übermäßiger Bürokratie. Wir wollen Förderprogramme entbürokratisieren, um Kulturschaffenden den Zugang zu finanziellen Mitteln zu erleichtern.

Wir sind überzeugt, dass Kulturpolitik ein zentraler Bestandteil einer nachhaltigen Gesellschaftspolitik sein muss. Wir stehen für den Dialog mit Kulturschaffenden und würden uns freuen, mit Ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch zu kommen.

Gerne stehen wir für einen weiteren Austausch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Christina Hesse

Christina Hesse

Kreisvorsitzende

FREIE WÄHLER Kreisvereinigung Emmendingen

Gartenstraße 2

79353 Bahlingen am Kaiserstuhl

Mobil + 49 172 28 25 143

Mail rczh14@gmail.com

Web www.freiewaehler-bw.de



Sehr geehrter Prof. Nagel,

Vielen Dank für Ihre Anfrage.

Übergeordnet ist die deutsche Leitkultur für uns Leitbild der Kulturbranche.

Die deutsche Leitkultur beschreibt unseren Wertekonsens, der für unser Volk identitätsbildend ist und uns von anderen unterscheidet. Sie sorgt für den Zusammenhalt der Gesellschaft und ist Voraussetzung für das Funktionieren unseres Staates. Die gemeinschaftsstiftende Wirkung der deutschen Kultur ist Fundament unseres Grundgesetzes und kann nicht durch einen Verfassungspatriotismus ersetzt werden.

In der Kulturförderung muss die künstlerische Freiheit gewahrt bleiben. Politische Vorgaben der staatlichen Kulturförderung sind abzulehnen. Projekte, Vereine und Stiftungen, die staatlich gefördert werden, müssen sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen. Die AfD bekennt sich zur Kulturhoheit der Bundesländer und will die kulturpolitischen Aktivitäten des Bundes begrenzen.

Wir erkennen an, dass Künstler schwer von den Corona-Verordnungen getroffen worden sind und Kunst auch von der Allgemeinheit teilsubventioniert werden muss. Leitschnur ist aber, dass das Angebot auf eine Nachfrage trifft.

Wir fordern keine Umsatzsteuerpflicht für Musiker, Künstler und freie Pädagogen. Diese sind oft als Freiberufler schwierigsten finanziellen Bedingungen ausgesetzt. Eine Umsatzsteuerpflicht ist nicht realistisch umzusetzen und drängt diese Personen in illegale Beschäftigungsverhältnisse. Wir werden künstlerische und pädagogische Tätigkeiten im Kunst- und Kulturbereich bis zu einer sinnvollen Einkommensgrenze von der Umsatzsteuerpflicht befreien. Als Pädagogen sind sie oftmals in prekären Anstellungsverhältnissen stundenweise an Volks- oder Musikschulen beschäftigt. Die Möglichkeit einer Sozialversicherung z. B. über die Künstlersozialkasse muss in jedem Fall gewährleistet sein.

Mit freundlichen Grüßen

Marco Näger

Sehr geehrter Herr Nagel,

zunächst bedanken wir uns herzlich für Ihre Mail und Ihr Engagement für die Kunst- und Kulturszene. Ihr Anliegen ist von großer Bedeutung, und wir können Ihre geschilderten Sorgen und Herausforderungen gut nachvollziehen. Kunst und Kultur sind essenzielle Bestandteile unserer Gesellschaft, die Identität stiften, Gemeinschaft fördern und zur wirtschaftlichen Stabilität beitragen.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass Kultur kein „Nice to have“, sondern ein „Must have“ ist. Die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine und die Inflation haben die Kulturbranche vor enorme Herausforderungen gestellt. Gerade in Krisenzeiten ist Kunst von unschätzbarem Wert, da sie nicht nur wirtschaftliche Impulse setzt, sondern auch essentiell für das psychische Wohlbefinden und den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist. Kultur gibt Menschen Halt, Identität und ein Gefühl von Gemeinschaft. Daher lehnen wir entschieden ab, Kultur nur als „freiwillige Leistung“ zu betrachten – sie muss fester Bestandteil der politischen Prioritäten bleiben.

In Freiburg setzen wir uns dafür ein, dass Kulturschaffende bessere Rahmenbedingungen erhalten, um ihrer Arbeit nachzugehen. Das bedeutet unter anderem eine faire Vergabe von städtischen Fördermitteln und die Bereitstellung günstiger Räume für Proben und Veranstaltungen. Uns ist bewusst, dass es in Freiburg viel Leerstand gibt. Daher setzen wir uns dafür ein, ungenutzte Räumlichkeiten nach Möglichkeit Musikerinnen und anderen Kulturschaffenden für Proben und kreative Arbeit zur Verfügung zu stellen. Zudem fördern wir internationale Kulturpartnerschaften zwischen Städten und kommunalen Kulturinitiativen. Wir setzen uns für ein breites, inklusives Kulturangebot ein, das alle Bürgerinnen einbindet, insbesondere marginalisierte Gruppen. Die Förderung von Musikhäusern und Veranstaltungsorten ist essentiell für die kulturelle Vitalität einer Stadt. Wir unterstützen die Schaffung und Erhaltung solcher Orte und wollen Kulturaktivitäten im Freien ermöglichen. Zudem ist es uns wichtig, dass historische Gebäude, Plätze und Denkmäler erhalten und restauriert werden, um die Verbindung zwischen Vergangenheit und Zukunft zu wahren. Die Stadthalle Freiburg ist ein bedeutendes Wahrzeichen, das nachhaltig genutzt werden sollte, um Freiburg als kulturelles Zentrum zu stärken.

Auf Bundesebene fordern wir eine Reform der Kulturförderung, um sie krisenfester und planbarer zu gestalten. Die Pandemie hat gezeigt, wie anfällig die Branche ist und dass schnelle, unbürokratische Hilfen notwendig sind. Dazu gehören steuerliche Erleichterungen für Kulturschaffende sowie ein einfacherer Zugang zu Fördergeldern. Zudem setzen wir uns für die Einführung eines verbindlichen Kulturförderplans ein, der langfristige finanzielle Sicherheiten schafft und einen klaren Rechtsrahmen für Kulturbetriebe definiert. Wir unterstützen Gesetze, die kulturelle Vielfalt und Inklusion stärken, und fordern mehr Mittel für interkulturelle Projekte und barrierefreie Kulturangebote. Die kulturelle Bildung im Schulsystem muss gestärkt werden, indem verbindliche Lehrpläne eingeführt und Kulturinstitutionen besser finanziert werden. Ebenso setzen wir uns dafür ein, dass nationale Fördermittel stärker mit europäischen Programmen verzahnt werden.

Volt setzt sich europaweit für eine verstärkte wirtschaftliche Anerkennung der Kulturbranche ein. Die Corona-Krise hat verdeutlicht, dass Kulturschaffende oft zu den ersten gehören, die finanzielle Einbußen erleiden, und zu den letzten, die wieder volle Unterstützung erhalten. Wir wollen Kulturförderung als festen Bestandteil der EU-Haushaltsplanung etablieren und die europäische Zusammenarbeit in der Kulturwirtschaft intensivieren. Dazu gehört die Erweiterung der EU-Kulturförderung, um grenzüberschreitende Kooperationen für Künstlerinnen und Kulturbetriebe zu erleichtern. Wir unterstützen Programme wie „Creative Europe“, um den Austausch und die

Zusammenarbeit zwischen Künstlerinnen und Kulturinstitutionen zu fördern. Zudem streben wir eine europaweite Strategie für kulturelle Teilhabe an, um Kultur für alle zugänglich zu machen, unabhängig von sozialer oder finanzieller Herkunft. Eine enge Vernetzung europäischer Bildungsinstitutionen soll den kulturellen Austausch zwischen Schüler*innen und Studierenden stärken. Auch setzen wir uns für eine europaweite Strategie zur Sicherstellung öffentlicher Kulturförderung und den Schutz von Kulturerbe durch eine engere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten ein.

Unsere EU-Parlamentsabgeordnete Nela Riehl setzt sich als Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung intensiv für diese Themen ein. Ihr besonderes Augenmerk liegt darauf, Europas Bildungssystem zugänglich, fair und zukunftsorientiert zu gestalten. Ein bedeutender Erfolg in ihrer Arbeit war die Zusage der EU-Kommission, mehr Mittel für das Erasmus+-Programm bereitzustellen und es gezielt für einkommensschwache Gruppen zu öffnen. „Erasmus darf kein Privileg für diejenigen sein, die es sich leisten können“, betont Nela Riehl. Dies zeigt, dass Europa einen entscheidenden Beitrag zur Kultur- und Bildungsförderung leistet.

Wir verstehen Ihre Bedenken und teilen Ihr Anliegen, dass die Kulturbranche nachhaltig gestärkt werden muss. Volt setzt sich auf Kommunal-, Bundes- und Europaebene dafür ein, dass Kunst und Kultur als essenzielle Bestandteile unserer Gesellschaft gefördert und geschützt werden. Gerade in Zeiten von Krisen, wie der Corona-Pandemie, dem Ukraine-Krieg und der Inflation, zeigt sich die unverzichtbare Rolle von Kunst und Kultur für das gesellschaftliche Miteinander. Wir stehen für eine Politik, die Kultur nicht als verzichtbare „freiwillige Leistung“, sondern als grundlegendes Gut ansieht, das finanziell und strukturell abgesichert sein muss.

Gerne stehen wir Ihnen für weitere Fragen und den direkten Austausch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

--

Maximilian Kress
Policy Lead Volt Freiburg
maximilian.kress@volteuropa.org

Sehr geehrter Herr Prof. Nagel,

vielen Dank für Ihre Nachricht und Ihr Engagement für Kunst und Kultur. Ihre Schilderung macht deutlich, vor welchen großen Herausforderungen die Kulturbranche steht – sei es in der künstlerischen Ausbildung, in der Breitenkultur oder in etablierten Institutionen. Kunst und Kultur sind nicht nur essenzielle Bestandteile unserer Gesellschaft, sondern auch ein zentraler Pfeiler unserer Demokratie und Identität.

Mir und der FDP ist es wichtig, dass Kulturschaffende auch in Krisenzeiten verlässliche Rahmenbedingungen haben. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Kulturpolitik ein, die sich an folgenden Prinzipien orientiert:

1. Kultur als Staatsziel im Grundgesetz: Wir möchten Kultur durch die Aufnahme des Satzes „Der Staat schützt und fördert Kultur“ im Grundgesetz verankern, um das Selbstverständnis Deutschlands als Kulturnation zu stärken.
2. Nachhaltige Kulturförderung und weniger Bürokratie: Wir setzen uns dafür ein, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft als eine tragende Säule unserer Wirtschaft anerkannt wird. Das bedeutet auch, dass Förderstrukturen einfacher und verlässlicher werden müssen – insbesondere für freischaffende Künstlerinnen und Künstler.
3. Reform der Künstlersozialkasse (KSK): Viele Kulturschaffende stehen finanziell unter Druck. Deshalb wollen wir die KSK effizienter und zukunftsfähiger gestalten. Dazu gehört auch die Prüfung einer Arbeitslosenversicherung für Solo-Selbstständige, um Krisen besser abzufedern.
4. Stärkung der kulturellen Bildung: Zehn Prozent der öffentlichen Fördergelder sollen gezielt in kulturelle Bildungsangebote fließen, um junge Menschen früh für Kunst und Musik zu begeistern. Auch die Förderung der Goethe-Institute als kulturelle Botschafter Deutschlands sehen wir als wichtigen Baustein.

Ich verstehe Ihre Sorge, dass Kunst und Kultur im Wahlkampf oft zu wenig Beachtung finden. Falls Sie Interesse an einem persönlichen Austausch haben, freue ich mich über ein Gespräch. Ihre Perspektiven als Musiker und Kulturschaffender sind wertvoll und wichtig für eine Kulturpolitik, die wirkt.

Beste Grüße,
Nathalie Wagner

Zur Frage nach Kultur- und Musik-Förderung

Sehr geehrter Herr Nagel,

als Kandidat für die Bundestagswahl sollte ich Ihnen jetzt Versprechungen machen, um möglichst viele Stimmen zu bekommen, Ihnen schreiben, dass die Förderung von Kunst und Kultur zu den Schwerpunkten unserer Partei dieBasis und mir selbst gehört, selbstverständlich nur, wenn wir mit in den Parlamenten vertreten sind und Sie deshalb in Ihrem Umfeld eine entsprechende Wahlempfehlung geben sollten.

Ich bin beim Thema Kunst und Kultur mehr Konsument als Kenner, meine Kenntnisse im Bereich der Strukturen der Kulturförderung sind vage und oberflächlich und welche Förderungsmöglichkeiten die freie Szene in diesem Bereich hat, geht über das Wissen, dass es Kleinkunst-und Amateurtheaterpreise gibt, nicht wirklich hinaus. Meine politischen Schwerpunkte liegen in anderen Bereichen, der Friedenspolitik, dem Naturschutz, dem Erhalt von Landwirtschaft und Mittelstand als größte Arbeitgeber und der Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen auf Grundlage der aktuellen Erkenntnisse. Jedoch sind die Überschneidungen meiner Schwerpunkte mit Kunst und Kultur deutlich sichtbar, durch den Erhalt von Arbeitsplätzen und der Entlastung von Arbeitnehmern und Betrieben hat der Einzelne mehr Geld zur Verfügung und wird auch wieder mehr im Kulturbereich unternehmen können. Durch vernünftige Energiepolitik werden die Betriebskosten aller Kulturstätten direkt und indirekt gesenkt und das Auftrittsverbot russischer Künstler geht meines Erachtens in die völlig falsche Richtung, da Kunst etwas Verbindendes hat und den Frieden und die Völkerverständigung fördert. Dass dies alleine den Kunst-und Kulturbereich nicht am Leben erhält sondern, von den großen Häusern bis zur Kleinkunst, von staatlichen Fördermitteln abhängt, steht außer Frage, aber wenn sich nur wenige den Besuch dieser Veranstaltungen leisten können, dann bricht der Sinn dieser Angebote weg, nämlich Kunst und Kultur den Menschen näher zu bringen, da sie kein Selbstzweck sind, sondern auf das Geben und Nehmen von Künstlern und Publikum angewiesen sind. Dies alles empfinde ich als Teil der Spaltung der Gesellschaft. Kunst und Kultur entsteht aus Heimat und Geschichte, auch wenn diese Begriffe von Einigen in ein schlechtes Licht gerückt werden und manche Politiker sie als unaussprechlich oder nationalistisch bezeichnen.

Ja der Kulturbereich, und ich schließe hier alle Vereine in denen sich Menschen treffen und etwas für die Allgemeinheit tun mit ein, war mit am schlimmsten betroffen, aber nicht von der Corona-Pandemie, sondern von den willkürlichen Maßnahmen die, wie es sich inzwischen bestätigt hat, auf politischen Entscheidungen beruhen und nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Viele der Verantwortlichen und auch viele der Künstler selbst haben sich weggeduckt oder sich sogar zum Sprachrohr der Regierung gemacht, aus Unkenntnis, aus Angst oder weil sie Geld dafür bekommen haben. Diejenigen, die sich öffentlich gewehrt haben, wurden diskreditiert, ihre Auftritte eingeschränkt oder gleich abgesagt. Es wurden Fehler gemacht, aber das schlimmste an Fehlern ist, wenn man nichts daraus lernt und derjenige der sich noch nie von einer Regierung hat hinter das Licht führen lassen werfe den ersten Stein.

An konkreten Lösungen kann ich leider wenig bieten und jetzt im Internet zu suchen und einige der Vorschläge die dort gemacht werden aufzugreifen ohne wirklich im Thema zu sein halte ich für Augenschwermerei und entspricht nicht dem wofür ich stehe. Allerdings bei Steuereinnahmen von fast 950 Milliarden Euro sollte genug Geld vorhanden sein um Kunst- und Kulturangebote für alle zu erhalten. Viele der Gelder die ins Ausland fließen, und das sind bei 68,8 Milliarden Euro im Jahr 2023 nicht wenig, wären bei Projekten im Inland sicher besser angelegt und dazu zählt nicht nur der Kulturbereich. Kunst ist vielfach auch mit Meinungsfreiheit verknüpft und dies ist ein Grundrecht, Kunst und Musik erlebt man meist gemeinsam mit anderen, über Kunst wird diskutiert, philosophiert und auch gelacht, und all das bringt Menschen zusammen und hilft dabei die Gräben zuzuschütten, die seit vielen Jahren, meiner Meinung nach, bewusst aufgerissen werden, nicht erst seit 2020.

Basisdemokratie steht für das Subsidiaritätsprinzip, wo immer diejenigen gehört werden und Entscheidungen treffen die es berührt. Im Stiftungsrat der Kulturstiftung des Bundes und im Aufsichtsrat der Baden-Württemberg Stiftung sitzen Politiker aber keine Vertreter aus Kunst und Kultur, die dieses Gebiet aus der eigenen Erfahrung kennen. Hier sehe einen wichtigen Ansatzpunkt, um dieser Branche Gehör zu verschaffen und Möglichkeiten zu finden diesen Bereich, sei es als Beruf, in der Bildung oder im Hobby- und Vereinsbereich zu erhalten und vor allem, jedem die Teilhabe an Kulturveranstaltungen zu ermöglichen.

Die besten Grüße nach St. Peter
Jürgen Geillinger
Bundestagskandidat dieBasis Wahlkreis Waldshut

Kontakt:
breisgau-hochschwarzwald@diebasis-bw.de
dieBasis Kreisverband Breisgau-Hochschwarzwald
Postfach 1 08
79184 Bad Krozingen

Sehr geehrter Herr Nagel,

vielen Dank für Ihre Nachricht und Ihr Engagement für die Kulturbranche. Kunst und Kultur sind essenzielle Säulen unserer Gesellschaft – sie fördern Kreativität, kritisches Denken und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die FDP setzt sich entschieden für eine freie, vielfältige und innovative Kulturlandschaft ein.

1) Unsere Position zur Kulturbranche

Die Kulturbranche wurde durch die Pandemie und strukturelle Herausforderungen erheblich belastet. Wir sehen Kultur nicht nur als staatlich gefördertes Gut, sondern als lebendige, eigenständige Branche, die faire Rahmenbedingungen benötigt. Bürokratische Hürden, mangelnde finanzielle Planungssicherheit und restriktive Regulierungen erschweren es Kulturschaffenden, ihr volles Potenzial zu entfalten. Deshalb fordern wir ein modernes, chancenorientiertes Umfeld, das Künstlerinnen und Künstlern sowie Kultureinrichtungen mehr Freiheit und Eigenverantwortung ermöglicht.

2) Konkrete Vorschläge zur Umsetzung

Auf Bundesebene

- **Steuerliche Entlastung für Kulturschaffende:** Wir setzen uns für eine steuerliche Vereinfachung und eine Senkung der Umsatzsteuer auf kulturelle Dienstleistungen ein.
- **Bürokratieabbau in der Kulturförderung:** Förderanträge müssen transparenter, schneller und einfacher gestaltet werden, damit Mittel effizienter fließen.
- **Stärkung der Künstlersozialkasse:** Selbstständige Künstler sollen weiterhin einen fairen Zugang zu sozialer Absicherung haben, ohne übermäßige Bürokratiedürden.
- **Digitale Transformation:** Förderung digitaler Formate, insbesondere für kleine und mittelständische Kulturbetriebe, um neue Einnahmequellen zu erschließen.
- **Freiheit der Kunst sichern:** Keine ideologische Einflussnahme auf Kunst und Kultur durch staatliche Institutionen.

Auf lokaler Ebene / in unserem Wahlkreis

- **Kulturförderung durch öffentlich-private Partnerschaften:** Anreize für Unternehmen schaffen, in Kulturprojekte zu investieren.
- **Erhalt von Kultureinrichtungen:** Bestehende Kulturangebote, insbesondere kleine Bühnen, Museen und Ateliers, durch flexible Mietmodelle und kommunale Unterstützung erhalten.
- **Förderung von Kultur-Start-ups und Kreativwirtschaft:** Junge Kreative brauchen gezielte Unterstützung für innovative Projekte.
- **Stärkung der kulturellen Bildung:** Mehr Kooperationen zwischen Schulen, Kulturinstitutionen und freien Trägern, um junge Menschen frühzeitig für Kunst und Kultur zu begeistern.

Die FDP steht für eine moderne Kulturpolitik, die auf Freiheit, Innovation und unternehmerischer Initiative basiert. Ich freue mich auf den weiteren Dialog und bin offen für konkrete Anliegen und Vorschläge.

Mit freundlichen Grüßen
Ruben Schäfer

Sehr geehrter Herr Nagel,

vielen Dank für Ihre Nachricht und die klaren und wichtigen Ausführungen zu den Herausforderungen, mit denen die Kulturbranche derzeit konfrontiert ist. Es freut mich, dass Sie sich an mich wenden, um diese Thematik anzusprechen, und ich nehme Ihre Anliegen sehr ernst.

Als FDP-Bundestagskandidat und Vorsitzender des Ortsverbandes Dreisamtal bin ich mir der Bedeutung der Kunst- und Kulturbranche für unser gesellschaftliches Leben und unsere Identität sehr bewusst. Kultur ist nicht nur ein wirtschaftlicher Faktor, sondern vor allem eine Quelle der Inspiration, des Zusammenhalts und der Verständigung. In Zeiten multipler Krisen darf der Kulturbereich nicht in den Hintergrund geraten. Es ist unsere Aufgabe, sicherzustellen, dass Kunst und Kultur weiterhin einen festen Platz in unserer Gesellschaft haben.

Die von Ihnen genannten Herausforderungen – der wirtschaftliche Druck durch die Pandemie, die Folgen des Ukraine-Kriegs und die Inflation – betreffen den Kulturbereich in besonderem Maße. Ich teile Ihre Sorge, dass die Kulturbranche in diesen Krisenzeiten häufig als Verliererin dasteht. Die Politik muss deshalb stärker als bisher auf die Bedeutung der Kunst und Kultur aufmerksam machen und langfristige Perspektiven für den Sektor schaffen. Die FDP setzt sich für eine Kulturpolitik ein, die den kulturellen Sektor als einen bedeutenden Teil unserer Gesellschaft anerkennt und ihn sowohl in guten als auch in schlechten Zeiten stärkt.

Konkret halte ich folgende Punkte für entscheidend:

- 1. Verlässliche Finanzierung und langfristige Planung:** In Krisenzeiten müssen wir den Kulturbereich nicht nur mit kurzfristigen Hilfen, sondern auch mit einer langfristigen Perspektive unterstützen. Es ist wichtig, dass der Kulturhaushalt nicht als „freiwillige Leistung“ betrachtet wird, sondern dass wir hier klare Prioritäten setzen, um den Fortbestand von Institutionen und Freischaffenden zu gewährleisten.
- 2. Förderung der kulturellen Vielfalt:** Insbesondere der freie Kultursektor, also die vielen Einzelkünstler und kleineren Institutionen, braucht eine verlässliche Finanzierung und Zugang zu Fördermitteln. Wir sollten auch neue Wege finden, wie z. B. private und öffentliche Partnerschaften, um kulturelle Projekte auf regionaler und nationaler Ebene nachhaltig zu fördern.
- 3. Struktureller Wandel im Kulturbereich:** Der Kulturbereich ist im Wandel, und diese Veränderungen müssen politisch mitgestaltet werden. Wir sollten gemeinsam mit den Kulturschaffenden Lösungen entwickeln, die sowohl den Herausforderungen des digitalen Wandels als auch der Erreichbarkeit für ein breites Publikum gerecht werden.
- 4. Stärkung der kulturellen Bildung:** Gerade die Kunst- und Musikschulen, wie auch die Hochschulen, sind ein wichtiger Bestandteil unserer Kulturförderung. Der Zugang zu kultureller Bildung muss für alle generationsübergreifend erhalten bleiben und weiterhin gefördert werden, auch in schwierigen Zeiten.

Ich unterstütze die Idee einer verstärkten kulturellen Integration in die Politik und stimme mit Ihnen überein, dass die Politik langfristige Lösungen finden muss, um Kultur und Kunst als unverzichtbaren Bestandteil unserer Gesellschaft zu schützen und weiterzuentwickeln.

Falls Sie Interesse an weiteren Informationen haben oder einen persönlichen Austausch wünschen, stehe ich gerne zur Verfügung. Sie können mich jederzeit über diese E-Mail-Adresse erreichen oder unter der Nummer 01743112826.

Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit und darauf, gemeinsam an Lösungen zu arbeiten, die den Kulturbereich langfristig stärken.

Mit freundlichen Grüßen

Amir Ismaili

FDP-Bundestagskandidat

Vorsitzender des Ortsverbands Dreisamtal

Sehr geehrter Herr Nagel,

Wie versprochen komme ich auf Ihre E-Mail zurück und freue mich darüber endlich mal zu diesem Thema meine Stellung abgeben zu können.

Kunst und Kultur sind das Fundament einer lebendigen Gesellschaft und deren Traditionen. Ohne sie verlieren wir unsere Identität und die Möglichkeit auch die gesellschaftliche Entwicklungen kritisch zu hinterfragen oder innovativ zu gestalten. Daher bin ich am liebsten auf Satireveranstaltungen, welche einem doch recht eindrucksvoll zum nachdenken anregen. Doch die Kultur- und Kunstszene wurde in den vergangenen Jahrzehnten sowohl unter der CDU wie auch unter Rot-Grün systematisch geschwächt! Besonders durch leere Versprechungen, unzureichende Förderungen und eine Politik, die sich zu sehr an wirtschaftlichen Interessen einzelner Eliten orientiert, anstatt die einzelnen Bürger und die kulturelle sowie intellektuelle Vielfalt als essenziellen Bestandteil unseres Zusammenhalts zu begreifen.

Ich bin selbst als Musiker und wie sie vielleicht merken leidenschaftlicher Kulturfreund will die künstlerische Ausdrucksformen nicht nur erhalten, sondern aktiv fördern. Mein eigener Weg besonders zur Musik wurde durch die Inspiration und Förderung von z.B.: Werner Englert (Musik Emmendingen) geprägt. Seit damals habe ich mir etliche Instrumente mehr angeschafft als erlernt ;-). Bin aber immer in Musikprojekten von Klassik bis Metal aktiv gewesen. Derzeit bin ich immernoch als semiprofessioneller Bassist bei Fireborn unterwegs, mit Kontakt zu vielen Profimusikern und hoffe das noch lange leben zu können. Zudem habe ich nicht nur zahlreiche Konzerte und Theaterveranstaltungen besucht, sondern mich auch mit viel Herzblut für Festivals wie Baden im Blut, Genesis Projekt, Sound of Element oder das Zelt-Musik-Festival (ZmF) engagiert. Diese Vielfalt an Kunst und für mich besonders Musik, unabhängig von Herkunft oder Genre, ist ein zentraler Teil meiner Persönlichkeit. Theater, Oper, Musical und Film sind ebenso unverzichtbar für unsere Kultur wie Rock- und Metal-Festivals oder lokale Theaterbühnen.

Doch ich stimme Ihnen aus eigener Erfahrung leider zu, diese Vielfalt ist bedroht! Unter dem Vorwand knapper Haushalte wurde immer wieder an der Kultur gespart, während Prestigeprojekte oder ideologisch motivierte Vorhaben finanziert wurden. Das dürfen wir nicht länger hinnehmen! Ein nachhaltiger Wandel kann nur durch eine Politik erfolgen, die sich nicht von Großkonzernen und Lobbyisten treiben lässt, sondern echte Lösungen für die Menschen schafft. Deshalb habe ich mich bei den Freien Wählern gefunden und in anderen Parteien habe ich diese Möglichkeit nicht gesehen. Bei der Partei FREIE WÄHLER gibt es keine Abhängigkeit von wirtschaftlichen Interessengruppen, sondern eine Politik mit gesundem Menschenverstand, die direkt den Bürgerinnen und Bürgern zuhört und zugutekommt.

Im Bundestagswahlprogramm 2025 setzen sich die FREIEN WÄHLER für eine umfassende Förderung von Kunst und Kultur ein. Sie betonen die Bedeutung der Pflege kultureller Einrichtungen wie Baudenkmäler, Museen, Theater, Orchester und Bibliotheken, um die geistigen Werte der Heimat für kommende Generationen zu bewahren. Die zentrale Rolle kommt hier natürlich den Kommunen bei der Förderung von Kunst und Kultur zu. Eine lebendige kulturelle Identität ist Voraussetzung für die aktive aber auch kritische Teilhabe der Bürger am gesellschaftlichen Leben. Daher sollten wir durch Unterstützung neuer Geschäftsmodelle sowie Maßnahmen in den Bereichen Kompetenzentwicklung, Kapitalbeschaffung und Markterschließung fördern. Aber dafür können die Kommunen nicht weiter finanziell belastet werden,

beziehungsweise müssen an anderer Stelle deutlich entlastet werden (Migration, Energiewende, Wohnungsbau). Eine transparente und reformierte bundesweite Kulturförderung ist ebenso essenziell, da die Vielzahl der Förderinstrumente für mich derzeit unüberschaubar ist. Zudem muss der Staat Sorge tragen eine finanzielle Absicherung der Kultur als Teil der Daseinsfürsorge zu ermöglichen. Kulturelle Schätze würde ich aber auch versuchen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Bisher sehe ich für uns daher die ersten schnell anzugehenden Ziele:

- 1. Entlastung der Kommunen:** finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden muss verbessert werden, indem der Bund mehr Verantwortung übernimmt und Kommunen nicht länger mit Aufgaben belastet, für die sie keine ausreichenden Mittel erhalten!
- 2. Eindämmung der Steuerverschwendung:** Anstatt Steuergelder für fragwürdige inner- & außenpolitische Prestigeprojekte oder ideologisch motivierte Vorhaben zu verschwenden, müssen diese Mittel für Kultur, Bildung und soziale Gerechtigkeit (Rente und Gesundheitswesen) eingesetzt werden!
- 3. Steuererleichterungen für alle:** Steuerfreier Grundbetrag von 2.000 Euro pro Monat für alle (24Tsd€/J). Senkung der Gewerbesteuer, um kleinen und mittelständischen Unternehmen, aber auch Kulturkneipen, Theatern etc. Luft zum Atmen zu geben. Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, um die Weitergabe von Betrieben und kulturellen Einrichtungen nicht zu behindern.
- 4. Verantwortung des Bundes für nationale Krisen:** *Sie hatten das auch angesprochen:* Kosten für Krisen wie die Corona-Pandemie oder soziale Sicherungsmaßnahmen müssen aus dem Bundeshaushalt und nicht aus Sozialkassen finanziert werden. Zudem darf kein finanzielles „Vergreifen“ Kulturförderungen mehr geben!
- 5. Nachhaltige Kulturförderung statt Almosen:** Einführung eines verlässlichen Kulturförderfonds auf Bundesebene. Steuerliche Vorteile für Unternehmen und Privatpersonen, die Kulturprojekte unterstützen. Bessere soziale Absicherung für freischaffende Künstlerinnen und Künstler.
- 6. Schutz historischer Stätten und kultureller Traditionen:** Erhalt von Denkmälern, historischen Gebäuden und traditionellem Handwerk. Förderung regionaler Kulturprojekte, besonders die unsere Geschichte lebendig halten!

Die vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, dass etablierte Parteien viel versprechen, aber wenig umsetzen. Wir brauchen deshalb eine echte politische Wende ohne ideologische oder radikale Tendenzen; sondern auf Basis demokratischer Grundwerte!

Es ist Zeit für eine Politik die wieder repräsentativ ist sowie den Menschen dient und nicht den Interessen von der Politikblase, Konzernen oder Aktionären. Dafür stehe ich ein und sehe das auch in meinen Mitstreitern innerhalb der FREIE WÄHLER PARTEI. Ich fühle mich in der Lage Verantwortung zu übernehmen, wenn der Wähler mich lässt.

Ich hoffe ich konnte Ihnen ein Bild von meiner Person und auch von meiner Politischen Einstellung vermitteln. Gerne können Sie mich auch über Facebook oder Instagram, genauer betrachten (ich habe da keine Geheimnisse - sowohl als Musiker "Chris-fireborn" oder als Politiker und Arzt "Christian.Lehr_dr.med")

Bleiben Sie gesund!

Mit freundlichen Grüßen

Dr. med.

Christian Lehr

BTW 2025 Wahlkreiskandidat Lörrach-Müllheim der Freien Wähler

- 2. Stv. Bürgermeister Efringen-Kirchen
- Gemeinderat Efringen-Kirchen (Freie Wähler)
- Sitz im Verwaltungsausschuss und Krankenpflegeverein

Facharzt für Allgemein-Chirurgie und für Kinderchirurgie,

Zusatzbezeichnung: Notfallmedizin, Wund-Diplom-Arzt, Erweiterte Fachkunde Strahlenschutz

E- Mail: christian.lehr@freie-waehler-ek.de

Antwort 11: Julian Wiedmann (SPD)

Sehr geehrter Herr Nagel,

vielen Dank für Ihre Nachricht und den vielfältigen Einsatz für Kultur in unserem Land!

Ich will an den Anfang einen Absatz aus dem Wahlprogramm der SPD stellen, der vielleicht als das von Ihnen angefragte Statement taugt:

„Ohne freie und kraftvolle Kunst verkümmert, was jedem Fortschritt zugrunde liegt: die Fähigkeit, unser gegenwärtiges Leben zu reflektieren und uns ein besseres vorzustellen. Für uns ist die uneingeschränkte Freiheit der Künste deshalb nicht nur kultureller Wert, sondern politischer Auftrag.“

Wie sieht das weiter aus? Ich will ein paar Blitzlichter auf das Wahlprogramm werfen:

- Die SPD will Kultur als Staatsziel in der Verfassung verankern. Sie will kulturelle Infrastruktur finanziell und organisatorisch stärker unterstützen und bezahlbare Kulturangebote allen zugänglich machen.
- Wir wollen die Künstlersozialkasse ausbauen und eine zu den Arbeitsbedingungen im Kulturbetrieb passende soziale Absicherung gestalten.
- Kulturförderung soll nicht nur bundesweite Stiftungen, Erinnerungskultur und Gedenkorte umfassen, sondern auch Hoch-, Pop- und Subkultur, Filmwirtschaft, Gaming und Sport.
- Die SPD setzt sich für eine Kennzeichnung von Bot- und mittels KI erstellter Inhalte ein und will die Medienkompetenz von jungen Menschen stärker in den Blick nehmen.

Im Wahlkreis Lörrach-Müllheim gibt es zahlreiche etablierte Kulturorte und -events, viele außergewöhnliche Angebote und eine Menge an haupt- und ehrenamtlichen Kulturschaffenden, daneben viele kulturelle Vereine. Einige haben gerade mit Finanzierungs- und Nachwuchsfragen zu kämpfen (z.B. Burghof, Musikvereine). Andere gehen mit Förderung gerade neue Wege (z.B. Theater in den Bergen).

Ich müsste lügen, wenn ich Ihnen versprechen würde, dass aus Berlin ein passender Rahmen für jedes spannende Projekt in unserer Region möglich ist. Im Kern aber will die SPD – wie im Eingangszitat gezeigt – Kunst und Kultur in der und für die Gesellschaft stärken.

Freundliche Grüße

Julian Wiedmann

Bundestagskandidat der SPD für den Wahlkreis Lörrach-Müllheim

Telefon: 0176-80300130

E-Mail: info@julian-wiedmann.de

Instagram: @wiedmann282

Facebook: fb.com/julianwiedmann282

Antwort 12: Jasmin Ateia (Bündnis 90/Die Grünen)

Sehr geehrter Herr Professor Nagel,

vielen Dank für Ihre Anfrage. Ich habe mich mit einer Kollegin ausgetauscht, die selbst im Kulturbetrieb arbeitet und eine Zusammenstellung vorgenommen, die ich Ihnen gerne zukommen lasse.

Viele Menschen in der Kulturbranche leben und arbeiten dabei in sehr prekären Verhältnissen: geringe Stundenkontingente und niedriger Lohn (für ihre Qualifikation) sind da nur ein Teil davon, denn viele haben keine festen Stellen, arbeiten als freie Mitarbeiter*innen auf Auftragsbasis (auch das Stichwort Scheinselbständigkeit kommt hier ins Spiel).

Aktuell ist Kulturarbeit eine „Kür“ auf kommunaler Ebene. Damit stehen wir im aktuellen Investitionsstau und der schlechten finanziellen Lagen vieler Kommunen oft an letzter Stelle. Hier müsste ein grundsätzliches Umdenken passieren.

Die Politik muss sich ganz klar zu Kulturbranche bekennen.

- Kultur(arbeit) ist identitätsstiftend für eine Gemeinschaft
- Kultur kann gesplante Gesellschaften wieder näher zusammenbringen und ein Ort der Demokratiebildung sein
- Kulturarbeit hat hohe Potentiale für Integration und Inklusion
- Kultur kann gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern

Kultur muss von öffentlicher Hand finanziert werden, um die Zugänglichkeit von möglichst vielen Menschen zu gewährleisten.

- Kulturarbeit ist sehr teuer, da sie von Menschen gemacht wird und Menschen in der Produktion am meisten kosten. Wenn Nutzer*innen die wahren Kosten dieser Arbeit tragen müssten, könnten sich nur noch die oberen Prozent Konzerte, Museumsbesuche etc. leisten.

Dabei geht es in der Kulturarbeit ja gerade darum, dass sie allen Menschen zugänglich sein soll. Viele Institutionen arbeiten deswegen im engen Kontakt und mit besonderen Rabatten für Schulen, Stiftungen, Integrationskurse oder inklusive Organisationen.

- Ehrenamtliche Arbeit ist in der Kulturbranche sehr wichtig, da die staatliche Finanzierung die hohe Dichte an Angeboten nicht aufrechterhalten kann. Ich halte es aber für gefährlich, sich zu sehr auf diese ehrenamtliche Arbeit zu stützen und damit Kürzungen zu legitimieren. Die aufgebauten Strukturen müssen aufrechterhalten werden können, auch wenn ehrenamtliches Engagement nachlassen oder sogar wegfallen sollte.

Die Menschen, die in der Kulturbranche arbeiten, brauchen Sicherheit.

- Weniger befristete Verträge
- Stundenkontingente, die dem tatsächlichen Arbeitsaufwand entsprechen
- Klare Bekenntnisse für die Zukunft der Institutionen von ihren Trägern (kein Bangen um den Job bei jeder Haushaltsdebatte)

Einige etwas konkretere Ideen:

Grundsätzlich: Das kulturelle Angebot sollte auf kommunaler Ebene breit aufgestellt und niedrighschwellig erreichbar sein. Eine Stadtbibliothek oder Musikschule braucht es vor Ort, zentral gelegen und gut an ÖPNV angebunden.

1. Umstrukturierung

Aktuell ist es so, dass alle kleineren Städte und größeren Orte ihr eigenes Angebot gestalten und finanzieren. Und dass die Angebote spezifisch vor Ort gemacht werden ist absolut richtig. Es stellt sich aber immer mehr die Frage, wie viele kleine Museen kann man sich leisten? Welcher Ort kann die Bibliothek halten und ab wann schicke ich die Menschen in die nächst größere Stadt.

Ich sehe eine Möglichkeit darin, die kleinen einzelnen Standorte zu erhalten, indem sich die einzelnen Institutionen in größeren Zusammenschlüssen organisieren (z.B. kreisweit): ein großes Team mit gebündelten Ressourcen, ein koordiniertes Angebot und ein gemeinsames Backoffice/Verwaltung, dass dann in den einzelnen Standorten das Angebot langfristig halten kann.

Das kann natürlich nicht auf Bundesebene passieren. Aber es wäre Möglich diesen Prozess gezielt zu fördern und professionell zu begleiten.

2. Runde Tische, Austausch und Anerkennung

es wäre wahrscheinlich schon richtig viel geholfen, immer wieder mit den Akteuren zusammensitzen, ihnen zuzuhören und ihnen beim Netzwerken helfen.

3. Museen

Ein interessanter Punkt für speziell Museen ergibt sich aus dem Blick auf die aktuelle Gesetzeslage: Kommunen sind dazu verpflichtet, Archive zu betreiben. In mehreren Kommunen wurden Archive und Museen zusammengelegt (mit Fachpersonal für beide Aufgabenbereiche). Das verhindert Doppelungen und auch die Nutzung und Auswertung des Kulturguts wird einfacher, da man sich nur an eine Institution wenden muss. Die Museen profitieren aber besonders darin, dass ein Teil der Aufgaben des Betriebs jetzt Pflichtaufgabe der Kommune ist. Die Häuser können so besser für gemeinsame Interessen in Haushaltsverhandlungen auftreten.

In der Schweiz ist das Bewahren von Kulturgut eine verpflichtende Aufgabe des Staates – organisiert in kantonalen Museumsgesetzen. Die Finanzierung von Museen hat hierdurch eine höhere Priorität als in Deutschland. Eigentlich ist das bei uns implizit durch das Kulturschutzgesetz auch gegeben, trotzdem ist der Unterhalt von Museen keine Pflichtaufgabe.

Bitte melden Sie sich gerne bei Unklarheiten oder Rückfragen. Weitere Informationen zu den Positionen der Grünen finden Sie auf Seite 124 unseres Wahlprogramms:

https://cms.gruene.de/uploads/assets/Regierungsprogramm_DIGITAL_DINA5.pdf

Freundliche Grüße

Jasmin Ateia

Lieber Herr Nagel,

vielen Dank für Ihre ausführliche und sehr sachliche Nachricht, in der Sie die Herausforderungen der Kunst- und Kulturbranche darlegen. Ich schätze es sehr, dass Sie sich die Zeit genommen haben, mich auf die aktuellen und langfristigen Belastungen dieses Bereichs hinzuweisen, und ich nehme Ihre Anliegen sehr ernst.

Zunächst möchte ich betonen, dass Kunst und Kultur für mich und meine Partei eine unverzichtbare Rolle in unserer Gesellschaft spielen. Kultur ist mehr als nur Unterhaltung - sie ist Ausdruck unserer Identität, fördert den sozialen Zusammenhalt und trägt zur Entwicklung einer offenen, vielfältigen Gesellschaft bei. Die Pandemie und die nachfolgenden Krisen haben gezeigt, wie sehr der Kulturbereich von äußeren Schocks betroffen ist. Viele Künstlerinnen und Künstler, Kulturinstitutionen und -einrichtungen standen und stehen unter erheblichem wirtschaftlichem Druck. Die von Ihnen geschilderte Situation in Berlin, wo der Kulturbereich stark unter Einsparungen leidet, ist ein besorgniserregendes Beispiel, das wir auf Bundesebene nicht unbeachtet lassen wollen. Dabei ist jedoch auch zu beachten, dass der Kulturetat in Berlin überdurchschnittlich hoch angesetzt war.

Ich teile Ihre Sorge, dass die Kulturbranche durch die bestehenden und zukünftigen Krisen dauerhaft gefährdet ist. Besonders Freie Kulturschaffende und kleinere Institutionen sind in diesen Zeiten oft besonders verletzlich. Es ist notwendig, dass die Politik nicht nur kurzfristige Hilfsprogramme bereitstellt, sondern auch langfristige Förderstrukturen entwickelt, die den spezifischen Bedürfnissen der Kulturschaffenden gerecht werden. Hierzu gehört eine stärkere Fokussierung auf die nachhaltige Finanzierung des Kulturbereichs und die Förderung von Schutzmechanismen gegen zukünftige wirtschaftliche Krisen. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass Öffentliche Kulturförderung nicht nur als freiwillige Leistung betrachtet wird, sondern als wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft anerkannt bleibt. Gerade als Professor der Musikhochschule Freiburg und als engagierter Kulturträger wissen Sie sicherlich, wie wichtig es ist, den kulturellen Nachwuchs zu fördern. Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist ein wesentlicher Motor für Innovation und Identität, daher sehe ich es als einen zentralen Punkt meiner Arbeit an, die Ausbildung und Unterstützung von jungen Künstlern und Künstlerinnen zu stärken. Dies bedeutet nicht nur Investitionen in Bildungsprogramme und Stipendien, sondern auch in vernetzende Strukturen, die es Kulturschaffenden ermöglichen, nachhaltig zu arbeiten.

Ich bin fest davon überzeugt, dass Kunst und Kultur gerade in Krisenzeiten eine stärkende und verbindende Funktion erfüllen. Sie können einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Herausforderungen leisten. Aus diesem Grund ist es unerlässlich, die Kultur als stabilisierenden Faktor in unserer Gesellschaft zu begreifen und in der Krisenbewältigung mitzudenken. Ich setze mich dafür ein, dass der Kulturbereich in zukünftige wirtschaftliche und gesellschaftliche Konzepte integriert wird, und dass Kultur nicht als Luxusgut, sondern als wesentliche gesellschaftliche Aufgabe anerkannt wird. Im Hochschwarzwald und am Hochrhein setze ich mich aktiv dafür ein, dass sowohl lokale Kunst- und Kulturprojekte unterstützt werden als auch regionale Initiativen im Bereich der kulturellen Bildung und Musikförderung weiter ausgebaut werden. Dabei liegt mein Augenmerk auf der Förderung von Fördermitteln für kulturelle Projekte, die insbesondere den freien Künstlern und Kulturschaffenden in unserer Region zugutekommen.

CDU und CSU haben sich in der laufenden Legislaturperiode dafür eingesetzt, bestimmte Bildungsdienstleistungen von der Umsatzsteuer freizustellen. Daher begrüßen wir es, dass mit dem Jahressteuergesetz 2024 auf unsere Initiative hin im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages die Steuerbefreiung von Bildungsdienstleistungen konkretisiert und ausgeweitet wurde. Wir werden in der kommenden Legislatur weitere Änderungen der Umsatzsteuer im Bereich Kultur und Bildung prüfen.

Es ist mir bewusst, dass der Kulturbereich in der aktuellen Wahlkampf-Debatte leider zu kurz kommt. Das ist bedauerlich und stellt auch eine verpasste Chance dar. Trotzdem ist es wichtig, dass sich die Politik weiterhin zu der Bedeutung von Kunst und Kultur bekennt. Ich werde mich auch in der kommenden Legislaturperiode weiterhin stark dafür einsetzen, dass der Kulturbereich als unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft anerkannt wird.

Ich danke Ihnen für Ihre offene und konstruktive Anfrage. Ihre Ansichten und Anliegen teile ich, und ich werde diese auch weiterhin im Bundestag einbringen. Die Zukunft der Kunst und Kultur in Deutschland zu sichern, wird eine große Aufgabe der nächsten Jahre sein. Ich setze mich - wie Sie vermutlich auch wissen - ja sehr als ehrenamtlicher Präsident des Blasmusikverbandes Hochrhein e.V. für die Blasmusik und die Vereine ein. Es ist eine Aufgabe, die mich sehr erfüllt und die mir Freude bereitet.

Herzliche Grüße,

Ihr

Felix Schreiner

Felix Schreiner MdB

Mitglied des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis Waldshut (288)

CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Vorsitzender der Deutsch-Schweizerischen Parlamentariergruppe

Obmann im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Mitglied im Ausschuss für Verkehr

Bundestagsbüro:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +4930 227 72065

Telefax: +4930 227 70066

Wahlkreisbüro:

Hauptstraße 18

79761 Waldshut-Tiengen

Telefon: +497741 835 44 90

Telefax: +497741 835 44 95

E-Mail: felix.schreiner@bundestag.de

Website: www.felix-schreiner.de

Sehr geehrter Herr Nagel,

vielen Dank für Ihre Nachricht und das klare Aufzeigen der Herausforderungen, vor denen die Kultur- und Kreativbranche derzeit steht. Als Vertreter der FDP nehme ich die Sorgen und Nöte der Kulturschaffenden sehr ernst, da Kunst und Kultur für unsere Gesellschaft unverzichtbar sind – sowohl für die individuelle Entfaltung als auch für das gesellschaftliche Zusammenleben.

Die Pandemie hat der Kulturbranche unbestreitbar schwer zugesetzt, und wir müssen sicherstellen, dass auch in Krisenzeiten die Kultur nicht nur als „freie Leistung“ betrachtet wird. Wir sind uns bewusst, dass eine lebendige und vielfältige Kulturlandschaft für das gesellschaftliche Wohl von großer Bedeutung ist. In einer modernen Gesellschaft müssen wir Raum für Kunst und Kultur schaffen, auch in schwierigen Zeiten. Gerade im Hinblick auf den dringend erforderlichen strukturellen Wandel in vielen Bereichen der Gesellschaft, müssen wir auch den Kulturbereich zukunftsfähig machen.

Die FDP setzt sich daher für eine Politik ein, die die Kulturlandschaft nicht nur in Krisenzeiten unterstützt, sondern sie nachhaltig fördert. Wir streben eine verlässliche und langfristige Finanzierung des Kultursektors an, um nicht nur die etablierten Institutionen, sondern auch die freie Szene und unabhängige Kulturschaffende zu stärken. Für uns ist es wichtig, den Kultursektor in den Dialog über wirtschaftliche und strukturelle Fragen einzubeziehen, um Lösungen zu finden, die sowohl der Branche als auch der Gesellschaft zugutekommen.

Im Hinblick auf die aktuellen Herausforderungen, wie etwa die Inflation, die Folgen des Ukraine-Kriegs und die Klimakrise, ist es notwendig, die Kultur als integralen Bestandteil einer resilienten Gesellschaft zu begreifen. Es sollte nicht sein, dass die Kulturbranche als erstes Opfer von Sparmaßnahmen angesehen wird. Gerade jetzt gilt es, kreative Lösungen zu finden, die den Kulturbereich stärken, ohne ihn zu überfordern. Es bedarf einer Politik, die Kultur nicht als Luxusgut behandelt, sondern als wichtigen Bestandteil der gesellschaftlichen Identität und des sozialen Zusammenhalts.

Konkret schlägt die FDP unter anderem vor:

1. **Langfristige Kulturförderung:** Wir wollen die Kulturförderung verlässlicher und planbarer gestalten. Anstatt kurzfristige Hilfen zu vergeben, müssen wir eine nachhaltige Finanzierung aufbauen, die auch in Krisenzeiten Stabilität bietet.
2. **Förderung der freien Szene:** Die freie Kulturszene ist das kreative Rückgrat unserer Kultur, und gerade sie ist häufig von finanziellen Engpässen betroffen. Hier setzen wir uns für eine gezielte Förderung von kleinen, unabhängigen Projekten und Kultureinrichtungen ein.
3. **Entbürokratisierung der Kulturförderung:** Die Antragsverfahren für Fördermittel sollten vereinfacht und effizienter gestaltet werden, sodass Kreative mehr Zeit für ihre Arbeit und weniger für Bürokratie aufwenden müssen.

4. **Kultur im ländlichen Raum:** Kulturelle Angebote sollten nicht nur in großen Städten zu finden sein. Wir möchten auch die Kulturszene in ländlichen Regionen stärken, um überall in Deutschland einen gleichwertigen Zugang zu Kunst und Kultur zu ermöglichen.

Es ist von zentraler Bedeutung, dass wir die Kultur auch in Zukunft als unverzichtbaren Bestandteil unserer Gesellschaft erhalten und fördern. Ihre Anregungen und der Dialog mit der Branche sind ein wichtiger Beitrag, um Lösungen zu entwickeln, die die Kultur in schwierigen Zeiten unterstützt und langfristig stärkt.

Ich hoffe, Ihnen mit dieser Antwort weitergeholfen zu haben. Gern stehe ich für weitere Gespräche und einen Austausch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Eileen Lerche